

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 26. September 2016

Bericht verfasst von Michael Zeugin

### **Gesetz über den Kantonsspital Winterthur (KSW)** (Daniel Häuptli)

Wir Grünliberalen befürworten die Umwandlung des Kantonsspitals Winterthur in eine Aktiengesellschaft aber wir haben uns erfolgreich für eine massvolle Abschwächung der Vorlage und Verbesserung für die Region Winterthur eingesetzt.

Mit der Rechtsformänderung wird das KSW bessere Möglichkeiten erhalten, in der veränderten Spitallandschaft zu agieren. Die landesweite Einführung der freien Spitalwahl für Patienten und der Fallpauschalen verlangen eine dynamischere Organisationsform des KSW und daher begrüsst die Spitalleitung den Schritt zur Verselbstständigung. Andererseits gilt es die Interessens- und Rollenkonflikte beim Kanton zu entflechten, welcher bisher als Regulator, Gewährleister der Spitalversorgung und Betreiber eigener Spitäler agierte.

Wir haben uns für eine Stärkung der Oberaufsichtsfunktion des Kantons eingesetzt im Vergleich zum Vorschlag der Regierung. Insbesondere haben wir uns auch für die Region Winterthur eingesetzt. In der Ratsmehrheit haben wir bewirkt, dass die Sperrfrist für den Verkauf von Aktien von zwei auf fünf Jahre verlängert sowie ein Vorkaufsrecht für die Stadt und Gemeinden der Region Winterthur eingeräumt wird, sollte der Kanton Aktien nach fünf Jahren verkaufen wollen. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass der Kantonsrat eine Unterschreitung des Beteiligungsverhältnisses des Kantons unter zwei Drittel genehmigen muss. Dabei waren wir jedoch knapp in der Ratsminderheit. Daher bleibt es beim Vorschlag der Regierung, dass der Kantonsrat zustimmen muss, wenn der Kanton mehr als 49% der Aktien verkaufen möchte. Das Kantonsspital Winterthur wird sich neben anderen Spitälern in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft finden. Im Kanton Zürich ist bspw. die Spital Bülach AG im Besitze der Einzugsgemeinden.

Die populistische Rhetorik der linken Ratshälfte gilt es zu entkräften: Bei der Vorlage handelt es sich um eine Verselbstständigung und nicht um eine Privatisierung. Bevor private Investoren sich jemals das Sagen über das KSW aneignen können, muss der Kantonsrat dem Verkauf der Mehrheit der Aktien zustimmen, welches dann einem fakultativen Referendum und einer Volksabstimmung unterliegen würde. Und sogar dann hätte die Region Winterthur die Möglichkeit vom Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen und die Aktien den privaten Investoren wegzuschneiden. Weiter bedeutet eine Aktiengesellschaft nicht zwingend Gewinnmaximierung. Fussball- und Eishockeyclubs sind als Aktiengesellschaften organisiert und priorisieren den sportlichen über den wirtschaftlichen Erfolg. Auch die SBB ist eine AG und betreibt nicht nur gewinnbringende Strecken, weil der Bund Leistungen im Personenverkehr bestellt und entsprechend vergütet. Bei den Spitälern bestellt der Kanton ganz ähnlich über die Spitalliste Leistungen, ohne die es kein Geld vom Staat gibt.

Das Geschäft muss an der ersten Sitzung im Oktober noch zu Ende beraten werden – die Schlussabstimmung folgt erst später.

### **Abnahme von Jahresberichten und Anfrage über Teilzeitstellen in den Kliniken des USZ**

Des Weiteren wurden am Morgen Jahresberichte von verschiedenen kantonalen Organisationen. Dem Tätigkeitsbericht der Ombudsmanns über das Jahr 2015, der Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2016 sowie der Genehmigung des Universitätsspitals Zürich sowie des Kantonsspitals Winterthur. Die Grünliberalen stimmen der Abnahme der Geschäfts- bzw. Tätigkeitsberichte zu und danken allen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit.

Im Jahresbericht des Universitätsspitals Zürich wurde umfassend auf die Wichtigkeit von Teilzeitstellen für Ärztinnen hingewiesen, um das knappe Angebot an Ärzten auf dem Arbeitsmarkt besser auszuschöpfen. Es ist erfreulich, dass der Handlungsbedarf erkannt wurde, aber gleichzeitig besorgniserregend, in wie wenigen Kliniken Teilzeitarbeitsmodelle angeboten oder erprobt werden. Um Transparenz zu schaffen, in welchen Kliniken bereits heute etwas unternommen wird und in welchen prinzipiell keine Teilzeitstellen angeboten werden, haben wir eine Anfrage bei der Regierung eingereicht.